



Übersetzung

BRÜSSEL 4, den

**17-07-1984**

Nr. ....

An den Herrn Minister für soziale Ange-  
legenheiten und für die Reform der In-  
stitutionen

rue de la Loi 56, 5ème étage

1040

BRUXELLES

Nr. 15.175/II/P/D  
BN/MTV

Sehr geehrter Herr Minister !

In ihrer Sitzung vom 5. Januari 1984 hat die Stän-  
dige Kommission für Sprachenkontrolle (S.K.S.K.) über die gegen die Landes-  
kasse der Kinderbeihilfen für Gebäude und Öffentliche Arbeiten eingereichte  
Klage bezüglich des Zusendens von Formularen und Dokumenten in französischer  
Sprache, wobei die Betreffende deutschsprachig ist, entschieden.

Der Klageführer, Frau ARIMONT, wohnhaft Feldstrasse  
in Herbsthal-Lontzen hat, obwohl sie der genannten Kasse mitgeteilt hatte,  
dass sie deutschsprachig ist, die Formulare P12 und 9P9 in französischer  
Sprache erhalten.

Der Klageführer fügte hinzu, dass die Summen auf  
die sie Anrecht hat, durch die obengenannte Kasse zurückgehalten wurden un-  
ter dem Vorwand, sie hätte die betreffenden Formulare nicht zurückgesandt,  
was Frau ARIMONT bestreitet.

Aus der vorgenommenen Untersuchung geht hervor, dass  
die Kasse bei der Ausarbeitung der EDV-Karteien soviel Angaben wie möglich  
eingefügt hat, um die Anwendung der Rechtsvorschriften in Bezug auf den  
Sprachgebrauch zu gewährleisten.

../..

Die Kasse hat der S.K.S.K. gegenüber erklärt, dass bei der Handhabung der Formulare hinsichtlich der Deutschsprachigen, für die eine manuelle Auswahl durch die Beamten ausgeführt werden muss, Fehler gemacht werden können, was im Falle von Frau ARIMONT auch geschehen ist, wo ein Beamter der Versandabteilung das Etikett "D" (Deutsch) auf ein französisches Formular geklebt hatte.

Auf die Fragen der S.K.S.K. hinsichtlich des besonderen Falles der Frau ARIMONT gibt die Kasse folgende Antworten :

- 1) Es stimmt, dass Frau ARIMONT uns mitgeteilt hat, dass sie deutschsprachig ist;
- 2) Tatsächlich wurden Formulare in französischer Sprache zugesandt aber ausnahmsweise aufgrund eines falschen Handgriffs;
- 3) Die Auszahlung der Beihilfen für den Monat Juni 1983 wurde verzögert angesichts der Tatsache, dass die Formulare P 12 und 9 P 9 nicht eingegangen waren, stets auf Grund des obenerwähnten falschen Handgriffs.

Demzufolge wird die Klage als zulässig und begründet angesehen, da die betreffende gemeinnützige Vereinigung unter die Anwendung der koordinierten Sprachgesetze (K.S.G.) gemäss Artikel 1, § 1, 2°, fällt und sich nach den Bestimmungen des Artikels 41, § 1 richten musste, nämlich in ihren Beziehungen mit Privatpersonen die Sprache zu gebrauchen, die durch diese Privatpersonen verwendet wurde, in diesem Fall deutsch.

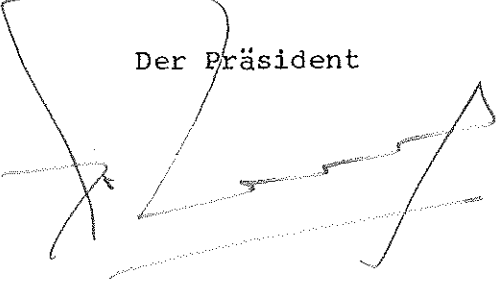
Es ist festzustellen, dass auch wenn der Verstoss gegen die K.S.G. sich aus einem materiellen Fehler ergibt, die Klage trotzdem begründet ist. Ausserdem hat der Klageführer uns später zahlreiche Verzögerungen in der Auszahlung und der Gewährung der Beihilfen zur Kenntnis gebracht.

Die S.K.S.K. dringt darauf, dass der Irrtum schleunigst behoben wird, damit die Auszahlungen wieder normal vorgenommen werden.

../..

Eine Kopie des Gutachtens wird der betreffenden Kasse sowie dem Klageführer übermittelt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Präsident  
  
 J. Fleerackers

